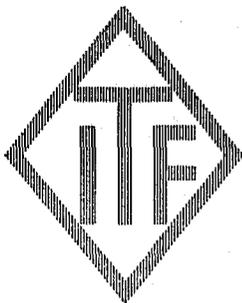




FASCHISMUS

No. 9

Amsterdam, den 3. November 1934.



Hamster-Panik. (ITF) Tatsachen sind stärker als Propaganda.

=====
Der Ausführüberschuss der deutschen Wirtschaft ist unter dem Hakenkreuz zurückgegangen, die Einfuhr von Lebensmitteln und Bekleidungsrohstoffen wurde systematisch zugunsten der Einfuhr von Rüstungsmaterial zurückgedrängt. Jetzt beginnt ein empfindlicher Mangel am nötigsten einzutreten. Zwar versichern die nationalsozialistischen

Zeitungsen allen Ernstes: "Man wird uns mit den Rohstoffen nachlaufen" ("Völkischer Beobachter"), doch die deutschen Frauen, in denen die Erinnerung an 4 Jahre Krieg und 3 Jahre Inflation noch lebendig ist, suchen sich zu schützen. Die nationalsozialistische Provinzpresse berichtet: "Aus dunklen Quellen tauchen Gerüchte auf, dass dieser und jener Gegenstand des täglichen Gebrauchs in aller kürzester Zeit im freien Handel nicht mehr erhältlich sei... Man kauft einen Gegenstand auf, Seife, Bindfaden, Stoff, zentnerweise, ballenweise..." ("Rote Erde", amtliches Organ der NSDAP, Dortmund, 22. Oktober).

"Man sollte es kaum für möglich halten und dennoch ist es so: die Hausfrauen Münchens sind in eine aufruhrartige Bewegung geraten. Sie haben sich wie zu Sturmkolonnen zusammengefunden. Das Ziel ihres vereinten Angriffs sind die Warenberge in den grossen Kaufhäusern, den mittleren und selbst den kleinsten Geschäften unserer Stadt.

Nicht erst seit vorgestern oder gestern ist diese Bewegung wahrnehmbar, man kennt sie schon seit einigen Wochen. Zuerst war es die Seife, die zunächst noch zögernd, dann aber immer kauflüsterner gehamstert wurde und heute zweifellos in Riesenmengen zu Hause aufgestapelt liegt. Nun aber hat irgendwer die Parole ausgegeben: es gibt keinen Nähfaden mehr! Und die Sturmkolonnen der fürsorglichen Hausfrauen setzen sich in Bewegung, bevölkern stundenlang, meist in Schlangen anstehend, die Warenhäuser, die Kaufhäuser und Geschäfte" ("Völkischer Beobachter", süddeutsche Ausgabe vom 13. Oktober). Die Zeitung berichtet, dass man sich nicht auf Hamstern von Seife und Nähfaden beschränkt: die eine Frau kauft aus lauter Angst vor einer Verknappung der täglichen Gebrauchsgegenstände 100 Stück Seife, die andere 40 Pfund Palmin und die dritte einen Zentner Mehl." In den Geschäften sind als Ergebnis der bedeutenden Voreindeckungen des Publikums bereits verschiedene Baumwollstoffe nicht mehr erhältlich" (September-Bericht der Verbände der deutschen Baumwollindustrie).

8.)

Der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat die gesamte Partei aufgeboten, um dieser Hamsterpsychose entgegenzutreten. Denn durch diese Masseneinkäufe der Zahlungsfähigen verringern sich nicht nur die knappen Vorräte, gleichzeitig wächst die Unruhe in der Arbeiterschaft, die bei den jämmerlichen Löhnen nicht einmal in der Lage ist, auch nur das Notwendigste für den Tagesbedarf zu kaufen, geschweige denn sich mit Vorräten einzudecken. In den Versammlungen der Arbeitsfront wird mit schärfsten Worten gegen die Hamsterer zu Felde gezogen, sie seien "Miesmacher der Tat, Volksschädlinge, schäbige Egoisten, Dolchstössler, Rindviecher und Feinde der Gemeinschaft". Der Vorsitzende der Kölner Handelskammer, der Bankier von Schröder, einer der einflussreichsten Geldgeber der NSDAP sucht zu beruhigen: "im nationalsozialistischen Staat wird eine Teuerung nicht geduldet, von einer Knappheit lebenswichtiger Artikel kann nicht die Rede sein" (Rede am 27. Oktober). Doch der Kölner Regierungspräsident, der frühere Leiter der Geheimen Staatspolizei muss zugeben: "Die Notwendigkeit, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe den Deviseneingängen und Austauschmöglichkeiten anzupassen, hat zu törichten Angsteinkäufen geführt und die Preise verschiedener Gegenstände des täglichen Bedarfs in ungerechtfertigter Weise erhöht... Die Regierung wird nicht dulden, dass infolge des törichten Verhaltens einiger um ihr Wohlergehen besorgter kapitalkräftiger Kreise Verwirrung und Unordnung in der Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Dingen entstehen". (24. Oktober).

Niemand in Deutschland glaubt an ein Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Kapitalkräftigen. Auch das Parteiprogramm der Nationalsozialisten versprach "Einziehung von Hamstergut... eine Strafbeziehungsweise Gerechtigkeitsmassnahme, die keiner grundsätzlichen Erläuterung bedarf" (40. Auflage, p. 61). Das Parteiprogramm bleibt "unabänderlich". Aber es wird weiter gehamstert, die Kapitalkräftigen versorgen sich und kein Nationalsozialist wagt, den "Volksschädlingen" auch nur ein Härchen zu krümmen.

Die Mieten steigen. Überfüllte Obdachlosenasyile. Baracken-Notwohnungen.
===== (ITF) Für Feste und Paraden sind die Kassen des Dritten Reiches geleert worden. Die künstliche Arbeitsbeschaffung bricht zusammen, die Arbeitslosigkeit beginnt in manchen Berufen bereits wieder zu steigen. Vom 30. März bis 31. August stieg die Arbeitslosigkeit der Baufacharbeiter um 53%, gebaut werden fast nur noch Kasernen, Gaskeller und die Paläste der NSDAP. Die Kasernen des kaiserlichen Heeres der Vorkriegszeit, die zu Wohnungen umgebaut worden waren, mussten auf Befehl der Reichswehr geräumt werden. Die Wohnungsnot hat sich dadurch ausserordentlich verschärft, und die Hausbesitzer suchen unter Ausnutzung dieser Notlage die Mieten zu steigern. Der gesetzliche Mieterschutz ist (am 31. März 1933) zum grössten Teil beseitigt worden, die Hausbesitzer machen von ihrem "erweiterten Kündigungsrecht in zunehmendem Umfange willkürlich und ohne soziale Rücksicht auf die Mieter Gebrauch". "Nur in Ausnahmefällen sind die Hausbesitzer heute noch bereit, freiwerdende Wohnungen zur gesetzlichen Miete weiter zu vermieten. Mietzinsforderungen bis zur doppelten Friedensmiete, zumal bei bisher noch verhältnismässig billigen Wohnungen, sind keineswegs selten." Die nationalsozialistische "Deutsche Mieterzeitung" (vom 1. Oktober 1934), der diese Feststellung entnommen ist, berichtet, dass "aus allen Reichsgebieten Mietzinssteigerungen" gemeldet werden. In der mitteldeutschen Stadt Jena ist es schon zu regelrechten Schlachten zwischen Mietern und Vermietern gekommen. Der Oberbürgermeister berichtet, dass "Schimpfkanonaden, Besen und Eimer sowie schwere und leichte Kampf Waffen" bei diesen Auseinandersetzungen eine Rolle spielten. Besonders gross ist die Wohnungsnot in den ostdeutschen Städten, zu beiden Seiten des sog. polnischen Korridors, die durchweg mit Garnisonen des Arbeitsdienstes, der Fliegertruppen und der schwarzen Reichswehr belegt sind. Die Arbeiter und Erwerbslosen können die gestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen; bei Küstrin sollen die "böswillig (!) nicht zahlenden Mieter" nach Ankündigung des Bürgermeisters "auf dem Schindanger (!) in einer primitiven Baracke nur noch ein notdürftiges Obdach" finden. Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Ostpreussens, Königsberg, stellt fest, dass "jetzt in der Zeit der grössten Wohnungsnot" Hauseigentümer, die für Wohnungen, die vor 1914 gebaut wurden, "einhalb- bis einjährige Mietvorauszahlungen neben einer Erhöhung der laufenden Miete um 50 und mehr Prozent verlangen, keine Seltenheit sind." Da die Arbeiter die hohen Mieten nicht bezahlen können, ist das städtische Obdachlosenasyil überfüllt. Der nationalsozialistische Oberbürgermeister hält es deshalb für

3.)
"besser, 2 Familien in einer engen (!) Wohnung leben zu lassen".

Armut neben Überfluss. (ITF) "Ganze Teile des Reiches sind dem Hunger und Elend ausgeliefert, ohne dass im Augenblick eine wirtschaftlich wirksame Abwehr gefunden werden konnte! Wie gross dieses Elend ist, wissen viele Deutsche auch heute nicht."
(Hitler bei Eröffnung der Winterhilfe am 9. Oktober 1934).

"Die Zeiten sind vorbei, wo in Deutschland der Überfluss neben der bittersten Armut lebt".

(Graf Reischach, Mitglied des Kleinen Konvent der Deutschen Arbeitsfront, in der nationalsozialistischen "Roten Erde", Dortmund, am 22. Oktober 1934.)

Aus einem dieser Elendsgebiete meldet die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, "Der Deutsche", am 18. Oktober 1934, dass im thüringischen Notstandsgebiet um die Spielwarenstadt Sonneberg verheiratete Glasbläser mit 6 Kindern "bei anstrengender zehnstündiger Arbeit, bei der Frau und Kinder natürlich mit Hand anlegen müssen, wöchentlich zum Leben, Wohnen und Kleiden für sich und seine Familie 18-20 RM verdient." Häufig freilich hat er auch gar nichts, wenn in der toten Zeit keine Aufträge kommen. Das ist eins unter Tausenden von Schicksalen".

Der "Völkische Beobachter" (Nr. 234) aber zählt eine Anzahl Gehälter von Generaldirektoren auf. Jeder dieser Direktoren bezieht zwischen 30-40 000 RM im Jahr, das sind 575-885 RM wöchentlich.

Zu diesen Gehältern kommen die als Spesen und Sondervergütungen getarnten Nebenbezüge, die oft noch höher sind als das riesige Gehalt. Und die Generaldirektoren haben auch im Dritten Reich die Sicherheit, dass es ihnen nicht so geht wie den Glasbläsern von Sonneberg, dass sie "häufig freilich auch gar nichts" haben.

Aber: "die Zeiten sind vorüber, wo in Deutschland der Überfluss neben der bittersten Armut lebt"....

Hungerexport. (ITF) Der Reichswirtschaftsdiktator Dr. Schacht ~~hatte am 26.~~ August) in einer Rede auf der Leipziger Messe angekündigt, dass der Industrie durch staatliche Lohnsubventionen ein Dumping ermöglicht werden sollte. Da die Nationalsozialisten die öffentlichen Kassen geplündert haben, glaubte man zunächst, dass aus Geldmangel diese Lohnsubvention unterbleiben müsse. Jetzt ist die nationalsozialistische Diktatur jedoch auf den Ausweg verfallen, durch Sonderbelastung der Arbeiter eine Lohnsubvention von 3 RM pro Kopf und Tag, vor allem für die Exportindustrie, zu ermöglichen. Der Bevollmächtigte Dr. Schachts, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, erklärt (im letzten Heft -- Nr. 14 -- der "Arbeitslosenhilfe": "Wir sind bisher ängstlich bemüht gewesen, mit der werteschaftenden Arbeitslosenhilfe nicht in die Privatwirtschaft zu gehen. Das geschah aus guten Gründen. Abgesehen davon, dass wir bei der Exportindustrie nicht in den Verdacht des Dumpings kommen wollten, erschien es untunlich, mit öffentlichen Mitteln die natürliche Konkurrenz im Inlande zu verschieben". Die Rohstoffproduktion jedoch "bringt für den deutschen Arbeitsmarkt vermehrte Arbeitsgelegenheit und dadurch wiederum für die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Ersparnisse an Unterstützungsbeträgen. Es ist deshalb durchaus zu erwagen, ob die werteschaftende Arbeitslosenhilfe jetzt nicht mit ihren geldlichen Mitteln in diesen Sektor der Privatwirtschaft hineingehen soll". Die "werteschaftende Arbeitslosenhilfe" finanziert die von ihr anerkannten Notstandsarbeiten mit 3 RM pro Kopf und Tag aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, deren Vermögen durch einen Abzug vom Lohn der Arbeiter und Angestellten aufgebracht wird. Die deutschen Arbeiter arbeiten nach dem Geständnis des Leiters der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, zu Hungerlöhnen. Durch Besteuerung der Hungerlöhne soll ein nationalsozialistisches Dumping finanziert werden.

Arbeitslose unter dem Hakenkreuz. (ITF) Der Treuhänder der Arbeit im Bezirk Niedersachsen, Dr. Markert, war gleichzeitig Regierender Bürgermeister von Bremen. Er ist als Exponent der sozialreaktionären Diktatur bei den Nationalsozialisten so verhasst, dass sich, wie amtlich mitgeteilt wird, in der NSDAP "Erregungen und Spannungen" von einem solchen Ausmass zeigten, dass Hitler Dr. Markert durch den Reichsminister Kerrt zum sofortigen

4.) tigen Rücktritt als Bürgermeister zwingen musste. Zum Nachfolger Markerts wurde der bisherige Leiter der Wohlfahrtsbehörde ernannt. In seiner Regierungserklärung kündigte der neue Regierende Bürgermeister Massnahmen an, "welche auch die Ärmsten der Volksgenossen stark belasten", eine Senkung der kümmerlichen gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung.

Die Regierung von Bayern hat mitgeteilt, dass sie künftig alle Arbeitslosen, die die ihnen angebotene Arbeit ablehnen, auf mindestens 3 Monate ins Konzentrationslager Dachau schicken wird. Die bayrischen Arbeitslosen stehen also vor der Wahl, entweder zu kaum entlohnter Zwangsarbeit in Barackenlager verschickt zu werden oder in die Folterhöhle der berüchtigten Sadisten, ins Konzentrationslager zu wandern.

Nach reichsdeutschem Vorbild hat im Freistaat Danzig der nationalsozialistische Landrat Andres für den Kreis Grosses Werder angekündigt, dass in diesem Winter keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt werde. Die Kassen der Kreise und Gemeinden sind von den Nationalsozialisten in 15 Monaten leergeplündert worden, die Erwerbslosen haben die Folgen zu tragen.

Der Riss in der Volksgemeinschaft. (ITF) Das Dritte Reich sammelt wieder zur Winterhilfe.

Die Regierung fordert auf, dass jeder nach seinen Kräften Opfer bringe, wie im Vorjahr. Das Dritte Reich gebraucht jeden Steuer-groschen für den Terrorapparat und die Vorbereitung zum Krieg, die Erwerbslosen sollen mit Bettelpfennigen abgespeist werden. Mit grossem Pathos erklären die nationalsozialistischen Führer, dass durch die Winterhilfe der Beweis erbracht werden müsse, wie stark die "Volksgemeinschaft" sei. "Der lebendige Beweis der nationalen Solidarität" soll den deutschen Arbeitern endlich den Glauben an die internationale Solidarität zerstören. Doch Hitler musste selbst bei der Eröffnung des Winterhilfswerks (am 9. Oktober) zugeben, dass im vergangenen Jahre "ärmere Viertel mehr an Opfern mobilisiert haben, als die wirtschaftlich besser Gelagerten". Die nationale Solidarität, die die internationale Solidarität ersetzen sollte, hatte sich als trügerisch erwiesen. Flehend wandte sich Hitler an die Besitzenden und bat, sie sollten ihre Spende zur Winterhilfe nicht als Opfer auffassen, sondern als -- Versicherungsprämie gegen die soziale Revolution. Die Zahlung dieser Prämie wird dem Grossbesitz leicht gemacht; Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer wurden um Millionen herabgesetzt und von diesen geschenkten Millionen zahlen die Besitzenden einen Bruchteil zurück als Beweis für ihre "nationale Solidarität."

Bei den Arbeitern und Angestellten werden zum Ausgleich die Abzüge erhöht. Schon im vergangenen Jahre war der Widerstand gegen den Abzug der "freiwilligen" Spende vom Lohn stark. Zur Beruhigung hatte das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront am 30. Januar 1934 versprochen: "Monatelang haben wir für die Winterhilfe gespendet. Die Sommerhilfe dieses Jahres macht die Winterhilfe des kommenden Jahres unnötig". Die Sommerhilfe 1934 bestand in Preissteigerung und Rohstoffnot. Und die neuen Abzüge sind verdoppelt worden: im vergangenen Jahr wurden jedem Lohn- und Gehaltsempfänger $3\frac{1}{4}\%$ seines Monatsverdienstes, insgesamt $4\frac{1}{2}\%$, als "freiwillige" Spende abgezogen, in diesem Jahre fast das doppelte, $8\frac{1}{2}\%$; im November und Dezember je 2% , im Januar, Februar und März je $1\frac{1}{2}\%$ eines Monatsverdienstes. Während die Vermögenden Steuergeschenke erhalten, müssen sich die Arbeitenden einen neuen Lohnabzug gefallen lassen, der bei der durch die wachsende Teuerung fast täglich sinkenden Kaufkraft des Lohnes in diesem Jahre besonders hart empfunden wird.

Der Weg der Arbeitsfront. (ITF) Am 24. Oktober hat Hitler eine

"Verordnung über Wesen und Ziel der deutschen Arbeitsfront" erlassen. Die Verordnung verkündet nichts Wegweisendes über Wesen und Ziel des Millionenapparates. Schwebende Fragen bleiben unentschieden; der Gegensatz zwischen Unternehmerverbänden und der Leitung der Arbeitsfront wird durch diese Verordnung nicht beseitigt, er wird nur demagogisch verkleidet: die Unternehmer müssen neben ihrer Mitgliedschaft in den Unternehmerverbänden noch den Beitrag zur Arbeitsfront zahlen. Inzwischen aber hat Graf von der Goltz, der Leiter der Unternehmerverbände (wie er in einem Inter-

5.)
view im nationalsozialistischen "Westdeutschen Beobachter" vom 11. Oktober mitteilte) als Gegengewicht gegen jede einzelne der 18 Reichsbetriebsgemeinschaften eine Fachgruppe der Industriellen organisiert. Die Unternehmerverbände bilden in ihrer Gesamtheit die "Wirtschaftsführung". Die Arbeiter und Angestellten sind von der Führung der Wirtschaft ausgeschlossen, sie sind unter der nationalsozialistischen Diktatur nur Objekt der Wirtschaftsmassnahmen, die von Unternehmern und Nazibonzen getroffen werden. Die Arbeitsfront, in deren entscheidenden Positionen Vertreter der Unternehmer sitzen, darf nur noch bei den Unternehmern um "Verständnis für die berechtigten Ansprüche" der Arbeiter und bei den Arbeitern um "Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes" bitten. Welche Ansprüche der Arbeiter berechtigt sind, stellen die **e r - n a n n t e n** Bonzen der Arbeitsfront fest. Sie haben die "Aufgabe, zwischen den berechtigten Interessen aller Beteiligten jenen Ausgleich zu finden, der den nationalsozialistischen Grundsätzen entspricht". Haben sie den Ausgleich gefunden, so darf sie dem Treuhänder der Arbeit einen Vorschlag unterbreiten, den dieser vielleicht sogar durchliest. Der Leiter der Unternehmerverbände hat diesen Ausgleich längst gefunden: jeder Betrieb ein Kasernenhof: "Das Evangelium des Nationalsozialismus... jeder Volksgenosse Mitarbeiter am gleichen Werk, wenn auch an verschiedenem Platze und mit naturgegebener (!) verschiedener Leistung -- allenthalben so, wie Soldat und Offizier verschiedenster Grade... In dieser Erziehung zur Verbundenheit sieht von der Goltz "ein besonderes Aufgabengebiet der Deutschen Arbeitsfront".

Die Deutsche Arbeitsfront leitet aus diesem Auftrag die Berechtigung ab, in den Betrieben nach dem Rechten sehen zu dürfen. Graf von der Goltz jedoch erklärt: "Für betriebsfremde Funktionäre, die gewerbsmässig möglichst viel durchzusetzen, möglichst wenig zu bewilligen hatten und von der Trennung beider Teile lebten, ist kein Raum mehr". Beschwerden dürfen nur noch vom einzelnen Arbeiter persönlich vorgebracht werden. Selbst eine Vertretung durch die Arbeitsfront im Betrieb lehnen die Unternehmer ab. Hitler hat nicht gewagt, ihnen entgegenzutreten. Umso energischer ging er gegen die Arbeiter vor: die bisherige Verzahnung der Arbeitsfront mit der NSDAP durch die Personalunion der braunen Bonzokratie wurde erweitert, die Arbeitsfront wurde zur Gliederung der NSDAP erklärt. Das ist von grosser Bedeutung für die einzelnen Arbeiter: sämtliche Mitglieder der Arbeitsfront sind in dieser Eigenschaft dem ordentlichen Richter entzogen und der Parteijustiz der NSDAP unterstellt worden (Par. 3). Diese Bestimmung kann sehr weitreichende Folgen haben und unter Umständen die Arbeitsgerichte nahezu vollständig durch die Parteigerichte der NSDAP ersetzen. Vor dem Arbeitsrichter gibt es auch heute noch eine gewisse Gleichberechtigung der Parteien, der Parteirichter der NSDAP urteilt nach Willkür.

Zur besseren Überwachung wird der Amtswalter-Apparat der Nationalsozialisten straffer zusammengefasst. Amtswalter müssen künftig entweder Parteimitglieder (alle Mitglieder der NSDAP, die im Arbeitsverhältnis stehen oder Unternehmer sind, werden automatisch in den Listen der NSBO geführt) oder wenigstens Mitglieder der SA oder SS sein. Bisher Parteilose werden der Disziplin der SA unterstellt. Die Auswahl und Ernennung erfolgt künftig durch Dr. Ley und seine Beauftragten; **das Personalamt der NSDAP**, das bisher die Ernennungen vollzog, ist ausgeschaltet. Leys Stellung ist dadurch erheblich befestigt. Die Autorität des Stellvertreters Hitlers, der Ley bereits am 19. Juli in seinem Amt bestätigt hatte, genügte nicht zum Niederschlagen der rebellierenden NSBO-Führer. Jetzt hat Ley durch die unbeschränkte Verfügungsgewalt über mehrere tausend Pfründer der Arbeitsfront eine Machtfülle erhalten, gegen die seine Gegner nicht anrennen können. Und er hat die Genugtuung, dass sein Gegenspieler Forster gezwungen wird, die widerstrebenden Angestelltenverbände in den Reichsbetriebsgemeinschaften aufgehen zu lassen.

Doch Hitler will Ley nicht zu mächtig werden lassen, er hat ihm die Kasse genommen. Bereits am 23. März 1934 wurden die Kassen der Arbeitsfront der Aufsicht der NSDAP unterstellt. Doch Ley war gleichzeitig "Treuhänder" für das gestohlene Vermögen der freien Gewerkschaften. Jetzt wurden diese gestohlenen Arbeitergelder den Händen des Dr. Ley entzogen und der von der NSDAP kontrollierten Arbeitsfront als Eigentum überwiesen. (Sie haftet damit auch für alle Verbindlichkeiten!). Die Art der Kassenführung der Arbeitsfront allerdings ist von Hitler nicht verändert worden. Sie bleibt, wie Dr. Ley auf der Tagung der Arbeitsfront (am 20. Oktober) erklär-

6.) fe, für den Arbeiter "unübersehbar". Die einzige Form, in der die Arbeiter Aufschluss über den Verbleib ihrer Gelder erhalten, sind nach wie vor die Korruptionsprozesse. Nur die Hauptkasse der nationalsozialistischen Partei hat das Recht, Einsicht in die Kassenbücher zu verlangen. -- Dr. Ley liess seinen persönlichen Erfolg als grossen Sieg feiern. Man gestattete ihm diese Feiern, denn die Nationalsozialisten hoffen, dass nach dieser Neuorganisation der Deutschen Arbeitsfront endlich "auch die letzten Reste marxistisch-gewerkschaftlichen Denkens und gewerkschaftlicher Organisationsformen im deutschen Volke beseitigt" seien.

"Sozialistische Tat". (ITF) Die Danziger Arbeitsfront hat Reitkurse einrichten lassen. Jeder Arbeiter soll die Möglichkeit haben, reiten zu lernen.

Eine Woche vor dieser "sozialistischen Tat" veröffentlichte der Danziger Vieh- und Schlachthof seinen Jahresbericht: Der Fleischverbrauch ist im Jahre 1933/34 noch um 4% niedriger als im Krisenjahre 1932/33. Die Fleischpreise sind zugunsten des importierenden Viehandels um ca. 50% gestiegen. Aber die Zahl der Schlachtungen von Pferden hat -- ein sicheres Zeichen der wachsenden Not -- um 48% zugenommen. Der nationalsozialistische Senatspräsident hat eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter um 25% angekündigt. Die Arbeitsfront tut nichts dagegen -- sie richtet Reitkurse ein.

Ein sicherer Schutz. (ITF) Anfang November will Mussolini die "Vollendung" des korporativen Staates verkünden. Im Auftrag der Industrie hat der Mailänder Grossindustrielle Pirelli die letzten Vorbereitungen überwacht und jetzt (am 15. Oktober 1934) in Gegenwart Mussolinis in Rom seinen Bericht erstattet. Er ist zufrieden: "Der Faschismus hat dem Industriellen die Befehlsgewalt im Betrieb zurückgegeben". Betriebsräte und Gewerkschaften, die einst die Befehlsgewalt des Unternehmers beschränkt hatten, sind abgeschafft worden. Allerdings sollen in den Korporationen Arbeitervertreter in gleicher Zahl neben den Unternehmervertretern sitzen. Doch die Unternehmer brauchen sich deshalb keine Sorgen zu machen. "Arbeitervertreter" werden von der Regierung ernannt und zur Sicherheit sitzen in den Körperschaften der Korporationen noch von der Regierung ernannte Sachverständige und Vertreter der faschistischen Partei. "Die Vertreter der Partei in den einzelnen Korporationen und vor allem die Vollmachten, die Mussolini persönlich vorbehalten wurden, geben (den Industriellen! Red.) die Garantie dafür, dass ein sicherer Schutz vor jedem Egoismus (der Arbeiter! Red.) gewährleistet ist". Die Korporationen sind zu einem sicheren Schutz der Industriellen geworden, ihr gelegentlicher Sozialradikalismus, der manche Industrielle beunruhigt, ist nach den Erfahrungen Pirellis nur zur Beruhigung der Arbeiter bestimmt.

Doch Mussolini treibt auch ihm die sozialradikale Agitation gelegentlich zu weit. Mussolini hatte in einer Rede vor Arbeitern erklärt, dass 3/4 der italienischen Industrie nur noch dank der Hilfe des Staates bestehen könne. Er brauche nur zu wollen, und der korporative Staat könne mit einem Schlage die wichtigsten Wirtschaftszweige übernehmen; so mächtig sei die faschistische Diktatur auf korporativer Grundlage! Der Grossindustrielle Pirelli bestritt nicht, dass die italienische Industrie durchweg auf staatliche Subventionen angewiesen ist; aber, erklärte er, zu sagen hat der Staat in der Industrie trotzdem nichts. Die Industriellen stünden auf dem Boden des unbeschränkten Privateigentums und verlangten das Recht auf freie Verfügungsgewalt über ihr Eigentum, das Recht auf Privatinitiative. Von diesem Glaubenssatz würden sie "unter keinen Umständen" abgehen.

Mussolini steckte diese Kritik ein, ja, er solidarisierte sich mit den italienischen Industriellen: "Die italienischen Industriellen haben ihre Aufgabe verstanden und kennen ihre Stellung in der korporativen Wirtschaft!"

Fristlose Entlassung wegen eines Kranzes für Wallisch. (ITF) Vor wenigen Wochen hat ein Brucker Eisenbahner auf dem Leobner Friedhof einen Kranz auf Wallischs Grab niedergelegt. Er wurde angezeigt und von der Disziplinarkammer der Bundesbahnen zur fristlosen Entlassung unter Verlust aller Rechte, auch der Versorgungsgenüsse für seine Angehörigen, verurteilt! Die christliche Diktatur fürchtet noch den toten Freiheitskämpfer.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Die österreichische Eisenbahnerorganisation lebt. (ITF) Dass die freie
 ===== Eisenbahner-
 organisation den furchtbaren Schlägen der Reaktion standgehalten hat
 und dass der sozialistische Geist unter den Eisenbahnern ungebrochen
 ist, hat eine ausserordentliche Reichskonferenz der auf neue organisa-
 torische Grundlagen gestellten Eisenbahnerorganisation bewiesen. Sie
 wurde am ersten Oktobersonntag in einem steirischen Industrieort abge-
 halten. 40 Eisenbahnervertrauensmänner aus allen Teilen Österreichs
 nahmen an ihr teil. Die Vertreter berichteten aus allen Ländern, dass
 die Organisationsarbeit vorwärts schreitet und dass hunderte Vertrau-
 ensmänner trotz den furchtbaren Gefahren im Dienste der Organisation
 stehen. Die Konferenz stand im Zeichen absoluter Einigkeit. Alle Be-
 schlüsse, die sich mit wichtigen Organisationsfragen befassen, wurden
 einstimmig gefasst. Der Wille der Konferenz kam in folgender einstimm-
 ig angenommener Resolution zum Ausdruck:

"Die faschistische Reaktion hat die in jahrzehntelangen heroischen
 Kämpfen bewährte freie Eisenbahnerorganisation aufgelöst. Aber der so-
 zialistische, der freigewerkschaftliche Gedanke unter den österreichi-
 schen Eisenbahnern ist lebendig. Zur ersten Reichskonferenz nach der
 Auflösung ihrer Organisation versammelt, gedenken die Eisenbahnerver-
 trauensmänner in dankbarer Verehrung der Februaropfer. Sie gedenken der
 Eisenbahner, die in den Februartagen ihre Gesinnungstreue mit ihrer Exi-
 stenz bezahlen mussten, und geloben ihnen unverbrüchliche Treue. Die frei-
 gewerkschaftlichen Eisenbahner werden alles, was in ihren Kräften steht,
 tun, um das traurige Los der Gemassregelten zu lindern.

Am Beginne der Wiederaufbauarbeit der Organisation steht die Klarheit
 über die Vergangenheit. Die Eisenbahner werden bestrebt sein, durch ver-
 stärkte Treue zum Sozialismus, durch erhöhte Opferbereitschaft, durch
 verdoppelte Organisationsarbeit wieder zu werden, was sie früher immer
 waren: der Vortrupp der österreichischen Arbeiterschaft.

Der Wiederaufbau der Eisenbahnerorganisation hat begonnen. In allen
 Teilen Österreichs regt sich neues Leben. Die Organisations- und Werbe-
 arbeit muss jetzt mit umso grösserer Emsigkeit aufgenommen werden. Die
 Eisenbahner müssen in engster Fühlung mit den übrigen freigewerkschaft-
 lichen Organisationen den Wiederaufbau in Angriff nehmen.

Kein anständiger Eisenbahner darf eine Funktion in einer gleichge-
 schalteten Eisenbahnerorganisation bekleiden. Wo Eisenbahner durch Ge-
 sinnungszwang und Terror in eine faschistische Organisation hineinge-
 presst wurden, ist alle Kraft darauf zu verwenden, um die Faschistenor-
 ganisationen zu schädigen, ihre Aktionen zu sabotieren und die Eisenbah-
 ner über die schändliche, eisenbahnerfeindliche Haltung dieser Organisa-
 tionen aufzuklären. Nur wenn wir imstande sind, mit eiserner Energie
 unter den gegenwärtigen furchtbaren Schwierigkeiten eine freie Gewerk-
 schaftsbewegung aufzubauen, werden wir die Anerkennung der wiederaufer-
 standenen freien Gewerkschaften erzwingen. Die faschistischen Organisa-
 tionen zu schädigen und zu vernichten, unsere freie Organisation aufzu-
 bauen und zu Stärke und Macht emporzuführen, ist das unmittelbare Ziel,
 das den Eisenbahnern als einem Teil der freien Gewerkschaftsbewegung
 Österreichs gestellt ist. Diese für den Wiederaufbau der gesamten öster-
 reichischen Arbeiterbewegung unerlässliche Voraussetzung wird umso eher
 geschaffen werden, je mehr moralische und materielle Mittel zur Förde-
 rung der neuen Organisation eingesetzt werden. Darum appelliert die
 Reichskonferenz an alle Eisenbahner, ihrer Solidaritätspflicht gerecht
 zu werden und ihre innere Zugehörigkeit zur freien Organisation auch
 durch die Leistung des Solidaritätsbeitrages zu dokumentieren.

Die Eisenbahner nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass die Gewerkschafts-
 gelder, die vor den faschistischen Räubern gerettet wurden, unter Kon-
 trolle der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ausschliesslich
 zur Förderung des Wiederaufbaues der Organisation und für Solidaritäts-
 zwecke verwendet werden. Die Eisenbahnervertrauensmänner wissen sich eins
 mit der Masse der Eisenbahner in der Anerkennung für die Umsicht, mit der
 die frühere Organisationsleitung einen bedeutenden Teil des Gewerkschafts-
 vermögens für die Eisenbahner gerettet hat. Sie sprechen den Genossen,
 denen diese schwierige Aufgabe geglückt ist, Dank und Anerkennung aus.

Die Reichskonferenz ruft alle Eisenbahner auf, sich geschlossen der
 freien Gewerkschaftsorganisation anzuschliessen.

Erweist euch unserer Vorkämpfer würdig!

Schliesst die Reihen!

Hinein in die freie Gewerkschaft!

Es lebe der ungebrochene Kampfgeist der Eisenbahner! "

Die Konferenz war ein verheissungsvoller Auftakt zum Wiederaufbau
 der Eisenbahnerorganisation.